

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
(17. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Fraktion der SPD  
— Drucksache 12/1290 —**

**Einsetzung einer Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt  
— Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe  
in der Industriegesellschaft“**

### **A. Problem**

Unter dem Eindruck einer aktuellen und politisch relevant gewordenen Problematik einer integrierten Stoffpolitik verlangt der Antrag der Fraktion der SPD die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt — Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“, die sich aus 13 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und 13 Sachverständigen zusammensetzen soll.

### **B. Lösung**

Einsetzung einer Enquete-Kommission, die den aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Auftrag erhält.

**Einstimmigkeit im Ausschuß**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

wurden nicht erörtert.

## Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

### I.

Zur Vorbereitung parlamentarischer Entscheidungen über mögliche weitere Maßnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt vor Gefahrstoffen sowie über Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft wird eine Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt — Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffe und Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“ gemäß § 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eingesetzt.

Die Enquete-Kommission hat den Auftrag, Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft zu entwickeln. Hierfür sind die Chancen und Risiken von Stoffen, Stoffströmen und Stoffkreisläufen, auch in Verbindung mit Energieeinsatz, Verfahrenstechniken und Funktionszusammenhängen, sowie die volkswirtschaftlichen Kosten und Nutzen aufzuarbeiten. Dazu gehören:

- Bestandsaufnahme der wichtigsten Problemkreise der industriellen Stoffwirtschaft einschließlich ihrer historischen Entwicklungszusammenhänge und Erarbeitung von Lösungsansätzen;
- Entwicklung wissenschaftlich begründeter und gesellschaftlich konsensfähiger Bewertungskriterien für vergleichende Ökobilanzen;
- Bewertung von Anwendungsfeldern, größeren Stoffgruppen und Endprodukten sowohl aus der Perspektive der erzeugenden und der verarbeitenden Wirtschaft wie auch aus der Perspektive der Endverbraucher;
- Darstellung möglicher Entwicklungsalternativen bei der Gewinnung, Verarbeitung und Entsorgung von Stoffen (Zukunftspfade) unter Berücksichtigung technischer, ökonomischer, ökologischer und sozialer Parameter;
- Vertiefung des chemie- und industriepolitischen Dialogs, um die Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Konsensbildung zu verbessern;
- Abgabe von Empfehlungen an den Deutschen Bundestag für gesetzgeberisches und politisches Handeln.

### II.

Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission deshalb, insbesondere folgende Fragestellungen zu bearbeiten:

### **1. Bestandsaufnahme und Bewertung wichtiger Problemfelder der industriellen Stoffwirtschaft und ihrer Folgen unter der Zielsetzung einer umwelt- und gesundheitsverträglichen Chemie**

- \* Bestimmung zentraler Problembereiche, Begriffsanalyse und Begriffsdefinition;
- \* exemplarische Entwicklung von Methoden und Kriterien für die Bilanzierung und die Bewertung wichtiger Stoffflüsse (z. B. Stickstoffverbindungen, Schwermetalle, Chlorbilanz sowie weiterer Halogenverbindungen) über die gesamte Kette von Rohstoffen über Produktion und Produkte bis hin zu Wiederverwendung, -verwertung und Entsorgung, auch im Vergleich zu anderen Stoffgruppen, und in Abhängigkeit zu dem jeweiligen Transportmedium (Wasser, Boden, Luft);
- \* Bestandsaufnahme und Bewertung nationaler und internationaler (vor allem EG-Recht und OECD) stoffbezogener Regelungen (einschließlich Arbeits-, Gesundheits- und Verbraucherschutz) sowie der dafür zuständigen Institutionen [insbesondere Beratergremien für umweltrelevante Altstoffe (BUA), Beratergremium der BG Chemie, Ausschuß für Gefahrstoffe, MAK-Kommission];
- \* Vergleich zwischen den stoffbezogenen Standards in Westeuropa und in anderen wichtigen OECD-Ländern;
- \* Auswirkungen des EG-Binnenmarktes und Erarbeitung von Vorschlägen zur Festlegung verbindlicher umweltpolitischer Mindeststandards in der EG mit der Möglichkeit weitergehender nationaler Regelungen.

### **2. Perspektiven einer umwelt- und gesundheitsverträglichen Stoffwirtschaft — Empfehlungen zu stoffökologischen Innovationen und alternativen Entwicklungslinien**

- \* Stoffliche Belastungen der Biosphäre (stoffökologischer Bezugsrahmen) und Festlegung von Qualitätszielen unter Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips;
- \* Entwicklung von Bewertungskriterien einer ökologischen Stoffwirtschaft (umweltpolitische Prinzipien, Kriterien der Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit, einschließlich der Berücksichtigung von Langzeitwirkungen, Synergismen und begrenztem Wissen, sowie Minimierungsgebote etc.);
- \* Bewertungsmethoden und Kriterien für die Ökobilanzierung einzelner Stoffe und Produkte in vergleichbaren Anwendungsfeldern auf ihre Umweltrelevanz (Ökobilanzen);
- \* gesellschaftliche Aspekte der Stoffwirtschaft:
  - Akzeptanzfragen, größere Öffentlichkeit und Transparenz über Erzeugung und Verwendung chemischer Produkte;
  - positive und negative Bedeutung wirtschaftlicher, industrieller und gesundheitspolitischer Auswirkungen der chemischen Industrie;

- langfristige Wettbewerbschancen und Möglichkeiten der Innovationsförderung;
- Möglichkeiten stoffökologischer Innovationen und umweltverträglicher Entwicklungslinien, möglichst Aufzeigen beispielhafter Anwendungen und Anwendungsfelder;
- institutionelle und politische Bedingungen für eine ökologische Stoffwirtschaft;
- gesellschaftliche Mitgestaltungsmöglichkeiten, Qualifizierungsbedingungen sowie Mitbestimmung für Arbeitnehmer und Betriebsvertretungen.

### **3. Empfehlungen für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Stoffwirtschaft unter Berücksichtigung**

- von Kosten-Nutzen-Abschätzungen;
- der Abwägung gesellschaftlicher Chancen und Risiken unter Berücksichtigung insbesondere von Sozialverträglichkeit und Friedensverträglichkeit;
- des Versuchs der Bestimmung eines „sozialen Nettonutzens“.

#### III.

Der Deutsche Bundestag bittet die zuständigen Ministerien, eine enge und kontinuierliche Zusammenarbeit der Bundesinstitutionen

- Umweltbundesamt,
  - Bundesgesundheitsamt,
  - Bundesanstalt für Arbeitsschutz,
  - Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie
- sicherzustellen. Außerdem soll das
- Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages (TAB)
- beteiligt werden.

#### IV.

Die Kommission setzt sich aus 13 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und 13 Sachverständigen zusammen. Für die Mitarbeit der Gruppen wird dieselbe Regelung getroffen wie für die Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“.

Bonn, den 11. Dezember 1991

#### **Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

**Dr. Wolfgang von Geldern**

**Dr. Norbert Rieder**  
**Dr. Jürgen Starnick**

**Michael Müller (Düsseldorf)**  
**Dr. Klaus-Dieter Feige**

Vorsitzender

Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Dr. Norbert Rieder, Michael Müller (Düsseldorf), Dr. Jürgen Starnick, Dr. Klaus-Dieter Feige

### I.

Der Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/1290 — wurde in der 52. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. Oktober 1991 dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit federführend und den Ausschüssen für Wirtschaft, für Gesundheit und für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für Gesundheit hat in seiner Sitzung am 13. November 1991 dem Antrag der Fraktion der SPD einstimmig zugestimmt und dem federführenden Ausschuß empfohlen, den gesundheitspolitischen Fragen im Untersuchungsauftrag der Enquete-Kommission einen besonderen Schwerpunkt zukommen zu lassen.

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 13. November 1991 dem Antrag der Fraktion der SPD unter der Maßgabe zugestimmt, daß

1. der federführende Ausschuß den Auftrag der Kommission präzisiert;
2. in die Aufgabenstellung im Abschnitt II, 2., 5. Einschub folgende Ergänzung eingefügt wird: „... möglichst Aufzeigen beispielhafter Anwendungen und des vorhandenen Forschungsbedarfs.“;
3. in Abschnitt III der zweite Satz gestrichen wird, da die Auftragsvergabe für TA-Untersuchungen an das Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages durch den Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung erfolge.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag der Fraktion der SPD in seiner Sitzung am 4. Dezember 1991 erstmalig beraten und die Berichterstatter gebeten, auf der Basis des vorliegenden Antrags eine gemeinsame Beschlußempfehlung zu erarbeiten.

Die Erstfassung dieser von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP sowie der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erarbeiteten Beschlußempfehlung lag dem Ausschuß für Wirtschaft in seiner Sitzung am 11. Dezember 1991 vor. Er empfahl mehrheitlich, dort

- den Absatz „Stoffliche Belastungen . . . des Vorsorgeprinzips;“ (Abschnitt II, 2., erster \*) zu streichen und
- im Abschnitt II, 3., zweiter \* die Worte „unter Berücksichtigung insbesondere von Sozialverträglichkeit und Friedensverträglichkeit“ zu streichen.

Einstimmig wurde empfohlen, zwei weitere Veränderungen im Text für die zu erarbeitenden Fragestellungen vorzunehmen. Im übrigen wurde dem Entwurf der interfraktionell erarbeiteten Beschlußempfehlung zugestimmt.

### II.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 20. Sitzung am 11. Dezember 1991 den Antrag der Fraktion der SPD, den Entwurf der von den Berichterstattern gemeinsam erarbeiteten Beschlußempfehlung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP sowie der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse beraten.

Grundsätzlich war man sich einig, daß angesichts der aktuellen und politisch relevant gewordenen Problematik einer integrierten Stoffpolitik die Einsetzung einer Enquete-Kommission zu dieser Thematik wünschenswert sei. Der vorgelegten Beschlußempfehlung wurde im Grundsatz zugestimmt. Die vom Ausschuß für Wirtschaft einstimmig empfohlenen Textveränderungen wurden übernommen.

Die Fraktion der SPD erklärte, man sei nicht bereit — wie von den Koalitionsfraktionen und dem Ausschuß für Wirtschaft erwogen —, a priori auf den Versuch zu verzichten, Kriterien für die Sozial- und Friedensverträglichkeit von Stoffkreisläufen in der Industriegesellschaft zu definieren, zumal die Frage der Sozial- und Friedensverträglichkeit auch Bestandteil bisheriger Untersuchungsaufträge von Enquete-Kommissionen gewesen sei. Die Fraktion der SPD unterstrich die Notwendigkeit derartiger wissenschaftlicher Begriffsdefinitionen, die einen Beitrag zur Rationalisierung realer Probleme leisteten.

Die Fraktion der CDU/CSU stellte klar, daß sie die Aufnahme der Sozial- und Friedensverträglichkeit in den zu berücksichtigenden Kriterienkatalog für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Stoffwirtschaft ablehne, da man eine Überfrachtung der Enquete-Kommission mit Aufgaben befürchte, die wegen ihrer Unbestimmtheit zur Grunderreichung der wesentlichen Zielsetzung nicht beitragen.

Die Fraktion der FDP stellte fest, daß mit dem Kompromißvorschlag der Auftrag an die Enquete-Kommission präzisiert worden sei, und warnte ebenfalls davor, die Enquete-Kommission mit Aufgaben wie der Festlegung von Kriterien für noch undefinierte Themenfelder wie der Sozial- und Friedensverträglichkeit zu überfrachten. Die Arbeit der Enquete-Kommission solle so gestrafft werden, daß sie in die Lage versetzt werde, am Ende dieser Legislaturperiode einen Bericht vorzulegen, in dem die wesentlichen Anlie-

gen, die in der interfraktionellen Beschlußempfehlung formuliert wurden, aufgearbeitet seien.

Die Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte es, daß die Position der Sozial- und Friedensverträglichkeit in der Beschlußempfehlung enthalten sei und verlangte vor dem Hintergrund der Erfahrung mit der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“,

daß angesichts der Komplexität der Aufgabe die Arbeitsmöglichkeiten von Fraktionen und Gruppen annähernd gleichwertig gestaltet würden.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfiehlt dem Deutschen Bundestag einstimmig, den Antrag auf Drucksache 12/1290 in der Fassung der Beschlußempfehlung anzunehmen.

Bonn, den 16. Januar 1992

**Dr. Norbert Rieder**

**Michael Müller (Düsseldorf)**

**Dr. Jürgen Starnick**

**Dr. Klaus-Dieter Feige**

Berichterstatter

